

A. Gesetzesinfos

Telekommunikations-Telemedien-Datenschutz-Gesetz – TTDSG

Das BMWI hat einen neuen Referentenentwurf (Stand 12.01.2021) für ein Gesetz zur Regelung des Datenschutzes und des Schutzes der Privatsphäre in der Telekommunikation und bei Telemedien veröffentlicht (https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/P-R/referentenentwurf-zum-gesetz-zur-regelung-des-datenschutzes-und-des-schutzes-privatsphaere.pdf?__blob=publicationFile&v=6).

B. DSGVO

1. Datenübermittlung ins Vereinigte Königreich aufgrund Brexit-Abkommen

Die DSK hat die Datenübermittlung ins Vereinigte Königreich auf der Basis des Brexit-Abkommens ([https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:22020A1231\(01\)&from=DE](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:22020A1231(01)&from=DE) – S. 332 f. + S. 413) auch nach dem 01.01.2021 als möglich angesehen. Hierfür besteht eine viermonatige Übergangsfrist, die um zwei Monate verlängert werden kann. Dann sollte eine Adäquanzentscheidung nach Art. 45 Abs. 3 DSGVO vorliegen. Damit ändert sich vorerst nichts bei der Inanspruchnahme britischer Dienstleister oder Datenübermittlung ins Vereinigte Königreich (https://www.datenschutzkonferenz-online.de/media/pm/20201228_pm_Brexit.pdf).

2. Datenschutzfolgenabschätzung – Durchführung notwendig?

Das LfDI Niedersachsen hat ein Prüfschema zur DSFA veröffentlicht, in dem geprüft werden kann, **OB** eine DSFA durchzuführen ist (https://lfid.niedersachsen.de/startseite/themen/technik_und_organisation/orientierungshilfen_und_handlungsempfehlungen/prufschema_zur_erforderlichkeit_einer_datenschutz_folgenabschätzung/prufschema-muss-ich-eine-datenschutz-folgenabschätzung-durchfuhren-197199.html).

3. EDSA Leitlinien Datenschutzpannen

Die EDSA hat die Guidelines 01/2021 „on Examples regarding Data Breach Notification“ zur Kommentierung veröffentlicht. Es werden verschiedene Beispiele besprochen und damit Interpretationshilfen zur Bewertung von Datenschutzvorfällen an die Hand gegeben (https://edpb.europa.eu/sites/edpb/files/consultation/edpb_guidelines_202101_databreachnotificationexamples_v1_en.pdf).

4. Pseudonymisierung

European Union Agency for Cybersecurity – ENISA hat ein Papier zur Pseudonymisierung veröffentlicht (<https://www.enisa.europa.eu/publications/data-pseudonymisation-advanced-techniques-and-use>

cases). Die Thematik wird unter anderem auch in Bezug auf medizinische Forschungseinrichtungen ausgeleuchtet.

5. 10,4 Mio. € Bußgeld für notebooksbilliger.de

Das LfD Niedersachsen hat gegen notebooksbilliger.de ein Bußgeld in Höhe von 10,4 Mio. € verhängt, nachdem das Unternehmen mindestens zwei Jahre seine Beschäftigten einer Videoüberwachung unterworfen hatte (<https://www.datenschutz.de/wp-content/uploads/kalins-pdf/singles/lfD-niedersachsen-verhaengt-bussgeld-ueber-104-millionen-euro-gegen-notebooksbilliger-de.pdf>). NBB wehrt sich dagegen (<https://support.notebooksbilliger.de/hc/de/articles/360016974298-Fragen-und-Antworten-zum-Verfahren-der-Landesdatenschutzbeh%C3%B6rde>).

C. Urteile und Beschlüsse von Gerichten

1. Verfassungsbeschwerde gegen elektronische Patientenakte zurückgewiesen

Das BVerfG hat mit den Beschlüssen vom 04.01.2021, Az.: 1 BvR 619/20 und 1 BvQ 108/20 zwei Verfassungsbeschwerden gegen die Verwendung der elektronischen Patientenakte zurückgewiesen. Tragender Grund war die Freiwilligkeit der elektronischen Patientenakte.

2. Vorlagepflicht an EuGH bei Ablehnung DSGVO-Schadensersatz wegen Unerheblichkeit

Das BVerfG hat mit Beschluss vom 14.01.2021, Az.: 1 BvR 2853/19 die Ablehnung eines DSGVO-Schadensersatzes nach Art. 82 DSGVO mangels Erreichens der Erheblichkeitsschwelle gerügt und bei ungeklärten Rechtsfragen – wie vorliegend – eine Vorlagepflicht an den EuGH attestiert.

3. Kein Anspruch auf papierenen Ersatz für elektronische Gesundheitskarte

Das BSG hat mit Urteil vom 20.01.2021, Az.: B 1 KR 7/20 R einen Anspruch auf papierenen Ersatz für die elektronische Gesundheitskarte zurückgewiesen. Gesetzlich Versicherte sind verpflichtet die elektronische Gesundheitskarte zu nutzen.

4. Herausgabe von User-Daten bei kreditschädigenden Äußerungen auf Online-Portal

Ein Online-Portal muss User-Daten an die Partei herausgeben, über die kreditschädigende Äußerungen gemacht wurden, so das OLG Celle mit Beschluss vom 07.12.2020, Az.: 13 W 80/20.

5. Fotoveröffentlichung bei Facebook

Das OVG Lüneburg hat mit Beschluss vom 19.01.2021, Az.: 11 LA 16/20 eine unanonymisierte Fotoveröffentlichung mit identifizierbaren Personen gerügt. Ohne Einwilligung der fotografierten Person ist eine Verwendung in der Regel nicht angezeigt, eine Berufung basierend auf einer Interessenabwägung (Art. 6 Abs. 1 Ziff. f DSGVO) in den meisten Fällen nicht legitimierend.

6. Geschäftsgeheimnisgesetz setzt angemessene Geheimhaltungsmaßnahmen

Das OLG Hamm hat Urteil vom 15.09.2020, Az.: 4 U 177/19 die Angemessenheit von Geheimhaltungsmaßnahmen anhand der konkreten Umstände des Einzelfalls ausgeleuchtet. Dabei ist kein absoluter, sondern ein relativer und dynamischer Maßstab zu beachten.

7. Keine Identifikation anhand der Stimme

Die Berliner Vergabekammer (VK Berlin) hat mit Beschluss vom 24.09.2020, Az.: VKB1-10/19 die Identifizierung einer Person alleine anhand der Stimme als nicht möglich abgelehnt und der Stimme kein personenbezogenes Datum zugeschrieben.

8. LG Berlin stellt Bußgeldverfahren gegen Deutsche Wohnen ein

Die Berliner Beauftragte für den Datenschutz und Informationsfreiheit hatte gegen die Deutsche Wohnen SE am 30. September 2019 einen Bußgeldbescheid in Höhe von rund 14,5 Millionen Euro wegen des Vorwurfs von Verstößen gegen die Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) verhängt. Auf den hiergegen eingelegten Einspruch des Unternehmens hat das Landgericht das Verfahren eingestellt (<https://www.deutsche-wohnen.com/ueber-uns/presse-news/pressemitteilungen/landgericht-berlin-stellt-bussgeldverfahren-gegen-deutsche-wohnen-ein/>). Der Bußgeldbescheid habe „unter gravierenden Mängeln“ gelitten, so wird eine Sprecherin der Berliner Justiz zitiert OLG.

9. Transportverschlüsselung bei vertraulichen Emails ausreichend

Das VG Mainz hat mit Urteil vom 17.12.2020, Az.: 1 K 778/19.MZ die Beachtung datenschutzrechtlicher Vorschriften durch Verwendung einer Transportschlüsselung – auch bei Berufsgeheimnisträgern - grundsätzlich als ausreichend angesehen.

10. Keine Schadensersatz nach DSGVO bei Bagatellschäden

Das LG Karlsruhe hat mit Urteil vom 09.02.2021, Az.: 4 O 67/20 Schadensersatzansprüche bei bloßen Bagatellverstößen zurückgewiesen.

11. DSGVO-Schadensersatzanspruch nur im Wege der Stufenklage möglich

Ein DSGVO-Schadensersatzanspruch kann nur im Wege der Stufenklage (1. Stufe: Auskunft, 2. Stufe: weiterer Anspruch) geltend gemacht werden, so das LG Stuttgart mit Urteil vom 28.10.2020, Az.: 2-27 O 100/20.

12. 4.000 € Schadensersatz für unerlaubt übermittelte Patientendaten

Das AG Pforzheim hat 4.000 € Schadensersatz gegen einen Psychotherapeuten verhängt, der unerlaubt Gesundheitsdaten des Ehemanns einer Klientin übermittelt hatte (Urteil vom 25.03.2020, Az.: 13 C 160/19).

13. 1.000 € Schmerzensgeld aufgrund Falschversand von Bewerberdaten

Das LG Darmstadt hat mit Urteil vom 26.05.2020, Az.: 13 O 244/19 ein Schmerzensgeld von 1.000 € als angemessen betrachtet, nachdem Bewerbungsdaten an einen falschen Adressaten übermittelt wurden.

14. Setzen von Cookies ist Wettbewerbsverstoß

Das LG Köln hat das Setzen von Cookies ohne Einwilligung nicht nur als Datenschutzverstoß sondern auch als Wettbewerbsverstoß gewertet (Beschluss vom 29.10.2020, Az.: 31 O 194/20).

15. Schadensersatz aufgrund unberechtigter Schufa-Meldung

Das LG Lüneburg hat durch Urteil vom 14.07.2020, Az.: 9 O 145/19 eine Bank zu 1.000 € Schadensersatz verteilt, die durch eine Eilmeldung unberechtigt Daten des Schuldners an die *SCHUFA* übermittelt hatte. Das Urteil weicht vom Mainstream der Rechtsprechung ab, die für Bagatelverstöße Schadensersatzansprüche ausschließt.

16. Geldstrafe wegen unerlaubtem Fotoupload der kleinen Tochter

Das AG Hannover hat mit Urteil vom 03.02.2020, Az.: 244 DS 2741 Js 12361/19 (228/19) einen nicht sorgeberechtigten Vater zu 40 Tagessätzen verurteilt, weil dieser Fotos seiner Tochter (und der sorgeberechtigten Großmutter in sozialen Medien veröffentlicht hatte.

D. Sonstiges

1. Corona-Warn-App

Macht es Sinn das Datenschutzniveau zu senken um durch Bewegungsüberwachung die Corona-Gefahren zu senken? Taugt die Corona-Warn-App überhaupt zu ihrer Aufgabe? Die klar Antwort lautet: ja, die Corona-Warn-App ist datenschutzkonform und bietet die optimale Basis in der Corona-Pandemie. Warum das so ist wird sehr schön in diesem Artikel ausgeführt: <https://t3n.de/news/corona-warn-app-datenschutz-funktionsweise-1346773/>

2. Weniger Überwachung durch Microsoft

Microsoft entfernt Usernamen aus dem "Productivity Score" in Microsoft 365. Das Unternehmen reagiert damit auf Kritik eines österreichischen Datenaktivisten (<https://www.heise.de/news/Microsoft-verspricht-weniger-Ueberwachung-Einzelnr-in-Microsoft-365-4977233.html>).

3. Cyber-Sicherheitsanforderungen an netzwerkfähige Medizinprodukte

Das BSI hat Cyber-Sicherheitsanforderungen an netzwerkfähige Medizinprodukte für Hersteller veröffentlicht (https://www.allianz-fuer-cybersicherheit.de/ACS/DE/_/downloads/BSI-CS/BSI-CS_132.pdf;jsessionid=26E7B37FA3CA9E2706E6E43DA5931607.1_cid501?__blob=publicationFile&v=9).

4. Datenschutz-Richtlinien sind für Nutzer wenig erhellend

Laut einer Umfrage sind Richtlinien zum Schutz der Privatsphäre nur schwer verständlich und zu lang: Beispielsweise dauert alleine das Lesen bei TikTok 104,8 Minuten (<https://www.heise.de/news/Datenschutz-Richtlinien-bei-sozialen-Netzwerken-Bis-zu-104-Minuten-Lesedauer-4976651.html?>).

5. Messenger-Matrix – Stand Januar 2021

Unter <https://www.kuketz-blog.de/messenger-matrix-uebersicht-vergleich-der-aktuellen-messenger/> findet sich eine aktuelle Messenger-Matrix mit bekannten und weniger bekannten Messenger-Diensten und deren – auch datenschutzrechtlichen – Hintergründen.

6. Hinweise für Berliner Verantwortliche zu Anbietern von Videokonferenzdiensten

Die Berliner Aufsichtsbehörde hat im Stil einer Ampelgestaltung restriktive Bewertungen zu Videokonferenzdiensten veröffentlicht (https://www.datenschutz-berlin.de/fileadmin/user_upload/pdf/orientierungshilfen/2021-BInBDI-Hinweise_Berliner_Verantwortliche_zu_Anbietern_Videokonferenz-Dienste.pdf).

7. KI in Unternehmen Ein Praxisleitfaden zu rechtlichen Fragen

Die Bertelsmannstiftung hat einen Praxisleitfaden zu rechtlichen Fragen bezüglich künstlicher Intelligenz in Unternehmen veröffentlicht (https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/KI_in_UN.pdf).

8. Rechtliche Rahmenbedingungen der Digitalisierung der Diakonie Deutschland

Die Diakonie hat eine Kurz- (https://www.diakonie.de/fileadmin/user_upload/Diakonie/PDFs/Journal_PDF/DK_Digitalisierung_201218-4.pdf) und eine Langfassung (https://www.diakonie.de/fileadmin/user_upload/Diakonie/PDFs/Themenschwerpunkt_PDF/Rechtliche_Rahmenbedingungen_Digitalisierung_Langfassung.pdf) „Rechtliche Rahmenbedingungen der Digitalisierung“ veröffentlicht. Die inhaltsreiche Langfassung erhält viele Hinweise, die auch für nicht-diakonische Einrichtungen und Träger von Interesse sein können.

E. Selbsttests/Sonstiges

Digitale Identität kompromittiert?

Die Uni Bonn hat den „Lead Checker“ vorgestellt. Es handelt sich um ein Online-Prüftool mit gutem Datenschutz- und Informationsgehalt: <https://leakchecker.uni-bonn.de/>

Keine Haftung für Vollständigkeit und Richtigkeit der Inhalte! Abmeldung des Newsletters jederzeit durch eine Rückmeldung per Email, Post oder Telefon.